

Antrag 282/I/2024

KDV Mitte

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Rente - aber sicher, als Umlagesystem stärken und ausbauen!

- 1 Die Ampel-Koalition plant die Umsetzung eines kapitalge-
- 2 deckten Fonds als weiteren Baustein für die Rente.
- 3 Daher fordern wir:
- 4 1. Für eine stabile, sichere Rente ist in erster Linie die
- 5 gesetzliche Rente zu stärken. Hierfür braucht es Be-
- 6 reitschaft und Bemühungen, die Sozialpartnermo-
- 7 delle für tarifungebundene Unternehmen und Per-
- 8 sonen, zu öffnen und so das staatliche Rentensys-
- 9 tem für weitere rund 4 Millionen Beschäftigte atr-
- 10 traktiv zu machen. Eine Stärkung des Generationen-
- 11 kapitals hätte zur Folge, dass sich das Rentenniveau
- 12 dauerhaft auf 48% stabilisiert, bzw. perspektivisch
- 13 bis zu 53% steigen kann. Ein Finanzierungsanteil
- 14 durch Erträge aus einem kapitalgedeckten Fonds bei
- 15 der gesetzlichen Rentenversicherung darf den Wert
- 16 und die Akzeptanz der gesetzlichen Rente nicht ge-
- 17 fährden. Durch die Einführung der kapitalgedeckten
- 18 Teilfinanzierung darf es nicht dazu kommen, dass
- 19 etwaige Verluste durch Erhöhung der Beitragszah-
- 20 lungen der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen
- 21 kompensiert werden.
- 22 2. Das Fonds-Kapitalvermögen der gesetzlichen Ren-
- 23 te soll als staatliches Lenkungsinstrument zur In-
- 24 vestition in nachhaltige, fortschrittliche und gesell-
- 25 schaftlich erforderliche Projekte ausgestaltet wer-
- 26 den. Hierzu gehören beispielsweise der Ausbau er-
- 27 neuerbarer Energien, nachhaltige Mobilität oder
- 28 das Erreichen sozialer Zielstellungen. Es bedarf klar-
- 29 er ethischer, sozialer und ökologischer Regeln, nach
- 30 denen für die Rente zweckgebundene Gelder an glo-
- 31 balen Finanzmärkten angelegt werden dürfen. Dazu
- 32 zählt, dass nur in Unternehmen investiert werden
- 33 darf, die an allen Stellen entlang ihrer Lieferkette für
- 34 gute Arbeit und faire Arbeitsbedingungen stehen.
- 35 3. Betriebsrenten mit finanzieller Beteiligung der Ar-
- 36 beitgeber sollen verpflichtend und flächendeckend
- 37 zur Absicherung aller Arbeitnehmerinnen und Ar-
- 38 beitnehmer eingeführt werden. Bei einem Wechsel
- 39 des Arbeitgebers sollen Möglichkeiten geschaffen
- 40 werden, dass bereits erwirtschaftete Versorgungsp-
- 41 unkte vom neuen Rententräger übernommen wer-
- 42 den. Kleinere und mittelständische Betriebe sind bei
- 43 der Umsetzung zu unterstützen.
- 44 4. Wir fordern die Einführung der Erwerbstätigenren-
- 45 te. Auch Selbstständige, Beamtinnen und Beamte,
- 46 Politikerinnen und Politiker und alle Beschäftigten,
- 47 die bislang über eigene Versorgungswerke Alters-

Empfehlung der Antragskommission

Überweisen an: FA IX - Gesundheit, Soziales und Verbrau-
cherschutz (Konsens)

48 vorsorge betreiben, sollen in die gesetzliche Renten-
49 versicherung einbezogen werden, um stetere und
50 bessere Versicherungsverläufe, zu erreichen. Gleiches gilt für die Kranken- und Pflegeversicherung.
51 Die Pflichten der Solidargemeinschaft sind von allen
52 zu tragen.
53

54 5. Sachgrundlose Befristungen und prekäre Beschäftigungs-
55 verhältnisse müssen der Vergangenheit ange-
56 hören. Unter diesen Bedingungen können Arbeit-
57 nehmerinnen und Arbeitnehmer keine stabilen Ren-
58 ten erwirtschaften. Es bedarf eines neuen gesetzli-
59 chen Rahmens, um Scheinselbstständige und Arbei-
60 terinnen und Arbeitnehmer in der sog. "Gig Econo-
61 my" zu schützen. Kurzfristige Beschäftigungsmög-
62 lichkeiten gehören auf den Prüfstand und sind ten-
63 denziell abzuschaffen. Der Abschluss von Sozialver-
64 sicherungsabkommen mit weiteren Ländern muss
65 vorangetrieben werden.

66 6. Die zum 1. Januar 2021 eingeführte Grundrente ist
67 als gerechte Komponente im Solidarsystem konzep-
68 tionell weiter zu entwickeln. Die Einkommensgren-
69 zen, die u. a. als Parameter bei der Grundrentenbe-
70 rechnung gelten, sind in Anbetracht der steigenden
71 Lebenshaltungskosten zu erhöhen.

72 7. Alle Anstrengungen, die zu einer Verbesserung von
73 Vereinbarkeit von Familie, Privatleben und Beruf
74 führen, sind mit der Zielsetzung zu intensivieren,
75 dass die Teilzeitquote sinkt und die Erwerbstätigkeit
76 insgesamt steigt.

77 8. Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer wei-
78 ter auseinander. Es sind alle Mittel auszuschöpfen,
79 um mehr soziale Gerechtigkeit und Umverteilung
80 zu organisieren. Hierzu gehören Instrumente wie
81 die Erbschafts- und Vermögenssteuer. Die Kapital-
82 ertragssteuer ist deutlich anzuheben.

83

84

85 **Begründung**

86 Neben der Riesterreute ist nun vorgesehen, dass der Staat
87 in Wertpapiere investiert. Zu diesem Zwecke sollen zu-
88 nächst zehn Milliarden Euro aus Haushaltsmitteln am Ka-
89 pitalmarkt eingesetzt werden. Um die Rente trotz des de-
90 mografischen Wandels zukunftsfest zu machen, müssen
91 die Maßnahmen der Rentenpolitik nachhaltig und sinn-
92 voll ausgestaltet sein.